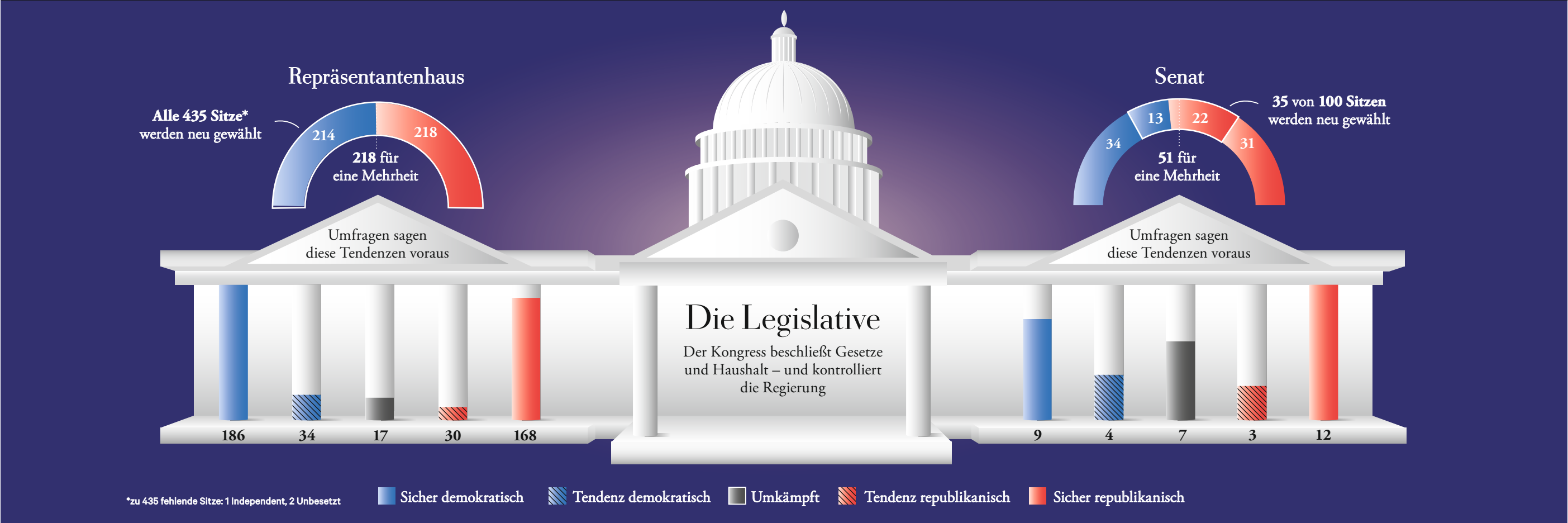


Die Zwischenwahlen in den USA



Test für die Demokratie

Wo welche Mehrheiten auf dem Spiel stehen – und warum es bei den Midterms auch um die Zukunft freier Wahlen geht VON JULIANE SCHÄUBLE

Am kommenden Dienstag gehen mehr als 100 Millionen US-Amerikanerinnen und -Amerikaner zur Wahl. Sie stimmen über Abgeordnete, Senatoren, Gouverneure und viele Sachfragen ab. Aber im Zentrum steht die Frage, wie die Menschen die zweite Amtszeit von Donald Trump bewerten.

Wer wird gewählt?

Neu vergeben werden alle 435 Sitze im US-Repräsentantenhaus, wo die Amtszeit lediglich zwei Jahre beträgt. Die Republikaner starten mit einem knappen Vorsprung: Für eine Mehrheit von 218 Abgeordneten brauchen die Demokraten nur drei Sitze mehr, als sie derzeit haben. Auch stehen 35 der 100 Sitze im US-Senat zur Wahl. Senatoren amtieren sechs Jahre, alle zwei Jahre wird ein Drittel der Kammer neu bestimmt. Die Republikaner halten aktuell 53 Sitze, die Demokraten 47 (einschließlich zweier Unabhängiger, die eine Fraktionsgemeinschaft mit den Demokraten bilden). Die Demokraten brauchen für eine Mehrheit also vier zusätzliche Sitze. Außerdem finden in vielen Bundesstaaten Gouverneurs-, Parlaments- und Kommunalwahlen sowie Referenden über Sachfragen statt.

Wie stehen die Umfragen?

Traditionell verliert bei den Zwischenwahlen die Partei des amtierenden Präsidenten, in diesem Jahr wären es also die Republikaner. Glaubt man den Umfragen – wobei Skepsis durchaus angebracht ist –, werden die Midterms zu einer Protestwahl gegen Donald Trump, obwohl er selbst auf keinem Stimmzettel steht. Trumps Zustimmungswerte sind auf einem historischen Tief. Nur noch rund 30 Prozent der US-Amerikaner sind mit seiner Amtsführung zufrieden. 48 Prozent der demokratischen Wähler geben in Umfragen an, dass sie vor allem Trump abstrafen wollen. Umgekehrt sagen nur 38 Prozent der Republikaner, sie wollten in erster Linie abstimmen, um ihren Präsidenten zu unterstützen.

Wo wird es spannend?

Beim Repräsentantenhaus scheint es derzeit bloß noch darum zu gehen, wie groß die Mehrheit der Demokraten ausfallen wird. Einige Experten erwarten einen Zugewinn von rund zehn Sitzen, der unabhängige *Cook Political Report* hält sogar bis zu 22 für möglich. Besonders spannend wird es in den 17 Wahlbezirken, die der *Cook*-Bericht als »völlig offen« einstuft. Zwölf dieser Bezirksitze gehören derzeit Republikanern. Dazu zählt etwa jener der Republikanerin Mariannette Miller-Meeks in Iowa: Vor zwei Jahren gewann sie mit nur 799 Stimmen Vorsprung. Auch in Pennsylvania, Michigan und Virginia gibt es hart umkämpfte Bezirke. Schon wenige dieser Rennen könnten entscheiden, wie komfortabel die demokratische Mehrheit ausfällt. Im Senat ist die Lage komplizierter. Der *Report* rechnet für sieben Rennen mit einem

knappen Ausgang: Alaska, Iowa, Kansas, Maine, Michigan, Ohio und Texas. Besonders aufmerksam werden Texas, Michigan und Maine beobachtet. In Texas soll der Newcomer James Talarico beweisen, dass die Demokraten auch in traditionellen Hochburgen der Republikaner gewinnen können. Siegt Abdul El-Sayed in Michigan, würde er demonstrieren, dass linker Populismus auch in einem umkämpften Flächenstaat erfolgreich sein kann. In Maine wiederum wirbt die moderate Republikanerin Susan Collins für ihre Wiederwahl – mit dem Argument, nur sie sei in der Lage, Trumps Politik in ihrem Bundesstaat abzufedern. Auf einmal erscheinen sogar Senatsrennen in traditionell erzkonservativen Bundesstaaten wie Kansas, Iowa und Mississippi keineswegs entschieden.

Wie wichtig werden diese Midterms?

Die Wahlen zur Halbzeit der Amtsperiode eines US-Präsidenten werden oft als weniger relevant angesehen als die Präsidentschaftswahlen. In der Regel ist auch die Wahlbeteiligung geringer. Dabei entscheiden die Machtverhältnisse im Kongress über den Handlungsspielraum des Präsidenten: Sollte mindestens eine der beiden Kammern künftig unter Kontrolle der Demokraten stehen, wäre Trumps Fähigkeit, Gesetze zu erlassen, stark eingeschränkt. Er könnte zwar weiter unter Umgehung des Parlaments per Dekret regieren, in vielerlei Hinsicht wäre er jedoch stärker auf Kompromisse mit den Demokraten angewiesen. Am kommenden Dienstag geht es aber auch um das Fundament der Demokratie. Um die Frage, wer sicherstellt, dass Wahlen künftig frei und fair ablaufen – und dass ihr Ergebnis am Ende anerkannt wird. Wahlen werden in den USA von den Bundesstaaten organisiert. In diesem Jahr stimmen Wählerinnen und Wähler in 24 Staaten direkt über ihre Wahlleiter ab. Welche Bedeutung das hat, zeigten die Ereignisse nach der Präsidentschaftswahl 2020, die in den Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021 mündeten: Donald Trump und seine Verbündeten versuchten nach der verlorenen Wahl damals, Wahlbeamte in einzelnen Bundesstaaten unter Druck zu setzen und das Ergebnis der Präsidentschaftswahl zu kippen. Seitdem ist die Frage, wer Wahlen organisiert, aus zählt und zertifiziert, ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung gerückt.

Kann sich die Stimmung noch drehen?

Beide Seiten versuchen in den letzten Tagen alles, um ihre Wähler an die Urnen zu bringen. Die Republikaner setzen darauf, dass Trump seine Anhängerschaft mobilisieren kann. Ihre Auftritte und die Werbespots, in denen die Demokraten als radikal, sozialistisch oder kommunistisch dargestellt werden, geraten immer schriller. Umgekehrt hoffen die Demokraten darauf, in besonders umkämpften Swing-States wie Michigan und Pennsylvania von der Verärgerung der Bürger zu profitieren: über Trumps Zollpolitik, über den unpopulären Irakkrieg und über die steigenden Gesundheitskosten. Jeder Tankstellenbesuch erinnert daran, dass trotz Trumps

Versprechen, der Krieg werde »bald« nach den Midterms erfolgreich abgeschlossen sein, kein Ende absehbar ist – und dass damit erst mal keine Entspannung bei den Energiepreisen zu erwarten ist.

Für viele US-Amerikaner hat die Wahl längst begonnen. Schon in den Wochen vor dem offiziellen Wahltag können Millionen Wähler ihre Stimme abgeben, persönlich oder per Briefwahl. Und sie

nutzen diese Möglichkeit zunehmend: Einige Bundesstaaten verzeichnen bereits jetzt deutlich mehr vorzeitig abgegebene Stimmen als zum gleichen Zeitpunkt bei den Zwischenwahlen 2022.

ANZEIGE

RALPH LAUREN

PINK PONY

UNTERSTÜTZEN
SIE UNS IM KAMPF
GEGEN KREBS

UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE MISSION, DIE VERSORGUNG VON
KREBSPATIENTINNEN UND -PATIENTEN SOWIE DIE KREBSFORSCHUNG
ZU VERBESSERN

Für jeden von Ralph Lauren verkauften Artikel aus der Kollektion Pink Pony werden entweder fünfundzwanzig Prozent (25 %) oder einhundert Prozent (100 %) des Kaufpreises (ohne MwSt.) an das Deutsche Krebsforschungszentrum (DKFZ) (Stiftungs-nr. 14-0561). Der jeweilige Prozentsatz wird im Store und auf der Website angegeben. Die Spende von Ralph Lauren berechtigt die Kundin bzw. den Kunden nicht zum Absetzen des Spendenbetrags.

Siehe auch **Dossier**, S. 11: Wie der weithin unbekannte Demokrat James Talarico die Senatswahlen in Texas gewinnen will

Hören Sie **den Podcast**
Am Ende der Woche sprechen wir über Politik – was sie antreibt, was sie anrichtet, was sie erreichen kann. Jeden Freitag in **Das Politikteil**. Jetzt anhören unter www.zeit.de/das-politikteil